

Elbtalaue, d. 21.11.2023

Sehr geehrter Herr Samtgemeindebürgermeister Meyer,

seitens der oben genannten Fraktionen wird folgender Antrag für den nächsten SgA und Samtgemeinderat gestellt:

Bunte Vielfalt, Toleranz und Solidarität statt Rassismus, Ausgrenzung und Hass!

Wir, die Abgeordneten des Samtgemeinderates Elbtalaue sehen uns in der Pflicht, der zunehmenden rechten Gewalt in Deutschland und der daraus resultierenden Bedrohung von Menschen aktives demokratisches Handeln entgegenzusetzen.

Wir setzen dem rechtsextremistischen menschenverachtenden Weltbild, daraus abgeleiteten Äußerungen und Taten das Ziel einer offenen Gesellschaft der bunten Vielfalt, Toleranz und Solidarität entgegen.

An jedem Tag, in jeder Situation müssen diese Tugenden von uns gelebt, eingefordert und verteidigt werden. Dazu gehört zuvorderst der solidarische Schutz bedrohter Menschen.

Wir sind besorgt über das vermehrte Erscheinen unter anderem von völkischen Siedlern. Wir sprechen uns entschieden gegen völkische Siedler und anderes rechtes Gedankengut aus. Bei uns ist kein Platz für rassistische und demokratiefeindliche Bewegungen. Wir stehen für Vielfalt, Diversität und Toleranz.

Um ein Zeichen zu setzen, wird die Samtgemeinde die Schülerinitiative des FRG unterstützen und entsprechende Bänke „kein(en) Platz für Rassisten“ aufstellen und die Gruppe „Beherzt“ unterstützen und Holzkreuze mit der Aufschrift „Kreuz ohne Haken - für Vielfalt“ sichtbar im Eingangsbereich der Rathäuser in Dannenberg und Hitzacker aufstellen. Außerdem wird die Verwaltung beauftragt, eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung für pädagogische Fachkräfte von Grundschulen und Kitas unter dem Titel „Rechtsextremismus im Kontext Kita und Schule“ durchzuführen. Dazu werden eingeladen: Mitglieder der Gruppe „Beherzt“ und der „Mobilen Beratung Niedersachsen gegen ‚Rechtsextremismus für Demokratie‘“.

Begründung:

Es ist besorgniserregend, wie sich zum Beispiel völkische Siedler in unserer Region ausgebreitet haben. Völkische Gruppierungen und somit rechtsextreme Bewegungen sind in unserer Region gehäuft vertreten. Wir müssen selbst aktiv werden und über die Situation und die dadurch entstehenden Gefahren aufklären. Wir müssen ein klares Statement gegen völkisches Gedankengut und demokratiefeindliche Bewegungen abgeben. Wir müssen uns von Parteien wie der AFD und ihren Bündnissen, die in den Gremien der Kommunalpolitik angekommen sind, klar abgrenzen. Die AFD wird mittlerweile vom Verfassungsschutz beobachtet oder als gesichert rechtsextrem eingestuft. Angesichts der Brisanz darf nicht schweigend zugeguckt werden, sondern muss aufklärend gehandelt werden.

Wir betrachten das „Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung vom 7.März 1966“, dem Deutschland 1969 beitrug, neben der Charta für Menschenrechte, dem deutschen Grundgesetz und weiteren internationalen Vereinbarungen als eindeutige, verbindliche Grundlage und Richtschnur für eine energische Bekämpfung rechtsextremistischer Taten.

Wir fordern insbesondere von staatlichen Einrichtungen, Behörden, Institutionen endlich der Schwere der Bedrohungen entsprechende gesetzliche Grundlagen und Handlungen, sowie das konsequente Befolgen oben genannter Vereinbarungen und Gesetze.

Dabei sind Rassismus und Diskriminierung keinesfalls nur unfair oder durch die freie Meinungsäußerung gedeckt sondern verstoßen gegen geltendes Recht (s.o. Internationales Übereinkommen....).

Für die Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der SOLI

Kerstin Peters (SPD), Reinhard Siebolds (Bündnis 90/Die Grünen) und Martina Sievers (SOLI)

Adressaten: Landtagsfraktionen Niedersachsen, Kreistags-Fraktionen DAN, EJZ, NDR